

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Jobannistgasse 33.
Besprechungen der Redaction:
Donnerstag 10-12 Uhr.
Freitag 4-6 Uhr.

Bei der Abgabe einzelner Nummern
ist die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Literatur an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:
Cito Kierum, Universitätsstr. 22, p.
Luisen-Platz, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 271.

Sonntag den 28. September 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim
Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten
Karte und Rechnung bereits von heute an
in Empfang nehmen lassen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Das Betreten der Brückenbauwerke an der verlängerten Bismarckstrasse ist verboten. Zuwiderhandlungen
werden mit Geldstrafe bis zu 20 M oder entsprechender Haftstrafe geahndet.
Leipzig, den 27. September 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Richter.

Bekanntmachung.

Herr Christian Heinrich Funke hat in seinem an der Kochstrasse unter Nr. 4 gelegenen
Grundstücke Nr. 2520, des Flurbuchs und Fol. 110 des Grund- und Hypothekensuchs für die Stadt
Leipzig eine **Reinwäscherei** zu errichten.
Wir bringen dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniss mit der Aufforderung, etwaige
Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verluß binnen
14 Tagen bei uns anzubringen.
Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledi-
gung derselben die Genehmigung der Anlage abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung
zu verweisen.
Leipzig, am 23. September 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georg. Uhlmann.

Städtische Gewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien des Winterhalbjahrs beginnen
Mittwoch, den 1. October c.,
der Tageskursus früh 8 Uhr, und der Abendkursus um 7 Uhr.
Anmeldungen zur Aufnahme in die Gewerbeschule nach Maßgabe des §. 7 der Schulordnung werden
vom Unterzeichneten im Schulgebäude, Grimmelstr. 17/18, in der Zeit von 11-12 Uhr
Bormittags entgegen genommen.
Leipzig, am 22. September 1879. Der Director der städtischen Gewerbeschule. Nieper, Prot.

Die Wiener Zusammenkunft.

Es liegt im Charakter unserer Zeit, daß wir
den Bewegungen im öffentlichen Leben mit einer
gewissen leidenschaftlichen Energie zu folgen pflegen.
Indessen bei dem Wechsel der Zustände, der nun
einmal das politische Leben der Gegenwart aus-
zeichnet, ist dafür gesorgt, daß neue Einbrüche oft
mit überraschender Schnelligkeit gewonnenen An-
schauungen Platz machen. Diese That in der Be-
handlung der Tagesfragen theilt sich natürlicher-
weise in hohem Grade der Presse mit. So wird
von den Tagesorganen das Stichwort „Wien“
noch für lange Zeit gebraucht werden, um der
europäischen Lage die Signatur zu geben. Frei-
lich, die Räume dürfen nicht in den Himmel
wachsen, indessen es wird wohl noch eine geraume
Weile dauern, bis der Besuch Bismarck's aus
den Vordergrund der publicistischen Dis-
cussion verschwindet. Und auch an Rück-
sichten wird es bis dahin in der hochgespannten
Stimmung nicht fehlen, welche sich in
allen Erörterungen der europäischen Presse wäh-
rend der letzten Tage naturgemäß manifestirte.
Ein Rückblick auf dieses überraschende Ereigniß —
denn als solches qualificirt sich diese Kanzler-
Entreise — wird indessen noch immer gefaltet
sein. Schon an der Schwelle der Betrachtungen
darüber begegnet uns eine eigenthümliche That-
sache. Die Verhandlungen fanden statt unmittelbar
vor dem Wechsel des Titulars des auswärtigen
Amtes in Oesterreich. Nichtsdestoweniger
ist es der scheidende Staatsmann und nicht der
im Anzug begriffene, der diese Verhandlungen führt.
Baron Schulerer tritt im Ganzen mehr in
die zweite Linie, so sicher man voraussetzen darf,
daß ohne seine Zustimmung kein Punkt erledigt
würde. Dagegen waren die Zusammenkünfte des
Fürsten Bismarck mit dem Grafen Andrássy sehr
häufig und theilweise außerordentlich andauernd.
Graf Andrássy hat seine der Ruhe bedürftigen
Nerven zu Leistungen zu zwingen gesucht, die
schon äußerlich in das Gewicht fallen. Genauer
Rechner haben eine Zeitdauer von fünfzehn Stunden
herausgerechnet, welche Fürst Bismarck und Graf
Andrássy mit einander verbracht. Es giebt also
in der hohen Diplomatie in der That noch Das,
was man „Nerven“ nennt. In einem Schluß-
worte über die nunmehr geschlossene Lage äußert
sich die „R.-Z.“ sehr treffend dahin:

„Die Grundlagen des Verhältnisses zwischen Deutsch-
land und Oesterreich-Ungarn sind nach den Inten-
tionen der Staatsmänner, welche eben in Wien ver-
handelt haben, um mehr berechnet als auf vorüber-
gehende Conjunctionen. Nichtsdestoweniger ist die fort-
währende und sorgsame Pflege der wechselseitigen Be-
ziehungen nöthig, wenn sie nicht nach und nach als
Laster empfunden und als solche abgestreift werden
sollen. Die lebendige Ausarbeitung der gemeinsamen
Grundlinien, die noch zu schaffen ist, wird über die
Kraft und Dauer der neuen Entente entscheiden; im
Augenblick steht sie auf beiden Seiten unter der ihm-
darischen Obhut der Regierungen und der Völker.“

Eine Seite der Wiener Zusammenkunft dürfte
aber noch einer besonderen Schlußbetrachtung
würdig sein, weil sie die materiellen Interessen der
beiden Reichthümer in sehr einschneidender Weise
tangirt. Die Kunde von handelspolitischen
Abmachungen zwischen Fürst Bismarck und
Graf Andrássy scheint die entschiedensten Schatz-
kammer in Oesterreich sehr unangenehm berührt
zu haben. Eine der hervorragendsten Organe
dieser Richtung, die Wiener „Deutsche Zeitung“,
äußert sich wie folgt: „Der deutsche Reichskanzler
soll sich bereit erklärt haben, Oesterreich-Ungarn
jedenfalls seine Ueberzeugung fallen zu lassen und die
österreichische Politik anzugeben, vorausgesetzt,
daß man auch bei uns zu Lande sich geneigt zeigen
sollte, in Zollfragen nachzugeben und den Grenz-
verkehr in der bisherigen Weise zu belassen. Wir
zweifeln keinen Augenblick daran, daß diese Dis-

Politische Uebersicht.

Leipzig, 27. September.
Der gemäßigtere Liberalismus ist von ge-
wisser Seite förmlich in Acht und Bann gethan
worden. Bei aller Aufmerksamkeit ist es nicht
möglich, überall den feindlichen Angriffen zu be-
gegnen, denn es herrscht dazwischen eine Mannigfaltig-
keit vor, die zu bekämpfen ein Schicksal unter-
nehmen müßte. So haben die Gegner der Ra-
tional-liberalen in den letzten Wochen wieder-
holt behauptet, die Leitung der Partei werde
in der bevorstehenden Landtagsession ganz und
gar in die Hände der Führer des linken Flügels,
Lasker's und Richter's, übergeben. Diese Be-
hauptung beruht — so schreibt man uns aus
Berlin — auf einer vollständigen Un-

kenntniß der Stellung, welche die Mitglieder
des Vorstandes der national-liberalen Partei zu
einander einnehmen. Es hat sich innerhalb des-
selben, wenn es sich um wichtige Beschlüsse
oder um die Taktik der Partei handelte, beinahe
niemals eine grundsätzliche Verschiedenheit der
Meinungen ergeben. Nicht unter den Führern,
resp. Vorstandsmittgliedern sind in den letzten
Jahren Divergenzen hervorgetreten, sondern im
Gros der Partei, welches schließlich durch den
Austritt gouvernemental gesinnter Mitglieder
purificirt wurde. Daste wird von Denjenigen, die
früher den sog. rechten Flügel der Partei bildeten
und ihre Sympathien mit Herrn v. Bennigsen
niemals verlegneten, mit großer Genugthuung
colportirt, daß er in seinem Wahlkreise wieder-
gewählt sei und das Mandat annehmen werde. Ob
diese Herren directe Mittheilungen von Herrn
v. Bennigsen empfangen haben, wissen wir nicht,
möchten aber vorläufig bezweifeln, daß er dem
Wahl einer schwachen Minorität innerhalb der
national-liberalen Partei Folge leisten werde. An
die zweifelhafteste Nachricht jener Herren reißt sich
eine andere, die wissen will, daß der Oberbürger-
meister Riquel die Wahl zum Präsidenten
des Abgeordnetenhauses ablehnen und sich aus-
schließt der Führung der Partei widmen
würde. Abgesehen davon, daß der Ausfall der
Wahlen überhaupt entscheiden wird, ob die Prä-
sidentensitze der conservativ-ultramontanen
Coalition oder den Liberalen zufallen, diese
Verlächte somit müßige Conjecturen sind, ver-
folgen dieselben wohl nur den Zweck, neue Spal-
tungen herbeizuführen, denn sie behaupten zugleich,
daß Riquel an Stelle des Herrn v. Bennigsen
treten und die Führung der Partei gegen die In-
tentionen Lasker's in einer dem sogenannten
rechten Flügel, resp. der „hannoverschen Rich-
tung“ entsprechenden Weise übernehmen würde.
Auch Dies beruht auf gänzlicher Unkenntniß der
Verhältnisse und der beiden in Rede stehenden Per-
sönlichkeiten. Lasker und Riquel haben sich stets
in großen Actionen gegenseitig ergänzt. Immer gingen
persönliche Verhandlungen dem Eintritt des einen
oder des anderen in die Action voraus. Wir
könnten einen Fall anführen, wo von maßgebender
Seite an den Oberbürgermeister Riquel Forde-
rungen in Betreff des Abg. Dr. Lasker gestellt
und zurückgewiesen wurden. Vielleicht wird eine
Zeit kommen, wo die Geschichte der Versuche zur
Sprennung der national-liberalen Partei geschrieben
wird und jene Thatfachen angeführt werden, welche
die Entfremdung leitender Persönlichkeiten mit den
Führern der National-liberalen veranlaßt haben.
Sollte Herr v. Bennigsen, der zur Geschichte
dieser Sprennungsbemühungen den erheblichsten Beitrag
liefern könnte, wirklich ein Mandat wieder an-
nehmen, so würde er sich wohl entschließen müssen,
der Politik Riquel's und Lasker's beizutreten.“
So weit der Bericht.

Zur inneren Lage, wie sie sich in den Wahl-
vorbereitungen, unter Antheilnahme der v. renki-
schen Regierung, kennzeichnet, schreibt uns unser
Correspondent aus Berlin vom Donnerstag:
„Der Reichskanzler ist heute Mittag in Beglei-
tung seiner Familie mit dem Schnellzuge der
Dresdener Bahn in Berlin eingetroffen. Es ist
nunmehr anzunehmen, daß der Schwerpunkt der
politischen Situation wieder nach der Reichs-
hauptstadt verlegt sein wird, zumal bekannt, daß
Fürst Bismarck, bevor er sich nach Bargen zurück-
zieht, an den Sitzungen des Staatsministeriums
regelmäßig Theil nehmen und für die dem Reichs-
tage zu machenden Vorlagen bestimmte Directiven
geben wird. In Bezug auf die Kirchen- und Schulfrage,
behaupten die Conservativen, wolle sich der Kanzler
durchaus neutral verhalten, weil er die Hälfte der
Ultramontanen zur Durchführung seiner Eisen-
bahnpolitik in Anspruch nehmen muß. Anderer-
seits aber soll er entschlossen sein, dies neue Ab-

geordnetenhauses nach Bewilligung des Budgets
sofort auszulösen, wenn er keine Aussicht hat,
eine sichere Majorität für die Eisenbahn-Vorlagen
des Ministers Raybach zu gewinnen.“
In Zusammenhang mit dem Vorstehenden wird
uns noch aus Berlin vom Freitag geschrieben:
„Es werden in unternichteten Kreisen neuerdings
Zweifel aufgeworfen, ob es dem Reichskanzler
gelingen werde, die Eisenbahnvorlagen in
der nächsten Session des Abgeordnetenhauses durch-
zuführen. Das Centrum, welches in dieser Frage
stets eine ablehnende Haltung beobachtet hat und
gegenwärtig darüber in äußerster Zweideutigkeit
sich verhält, soll nämlich entschlossen sein, diesen
Kampf in Händen zu behalten und, wenn nicht
für pure Verwerfung, so doch in eine Vertagung
der Beratung über diese Vorlagen zu stimmen.
Die Wahl-Aussichten für die liberalen Parteien
gestalten sich indessen immer günstiger, weshalb es
nicht unwahrscheinlich ist, daß eine vorübergehende
Allianz der Liberalen mit den v. incipellen und
Dyportnitätsgegnern der Verstaatlichung von
Privatbahnen die betreffenden Vorlagen zu Falle
bringt.“
Die Stellung der Freiconservativen zu den
Vorlagen der preussischen Regierung wird in
dem bevorstehenden Landtage sehr interessante Er-
scheinungen zu Tage treten lassen. Im Zusammen-
hange damit schreibt das Parteiorgan der Ra-
tional-liberalen, die „National-liberale Correspondenz“:
„Die von dem Bureau der deutschen Reichs- und
freiconservativen Partei herausgegebene Corre-
spondenz, also das offizielle Organ dieser Partei,
bringt einen Wahlartikel, dem wir folgende Stelle
entnehmen: „Eine hochwürdige Mehrheit im Abge-
ordnetenhause wäre allerdings eine ernste Gefahr;
allein schon jetzt erhebt sich dem Stande der Wahl-
bewegung mit Sicherheit, daß eine solche Mehrheit
keineswegs aus den Wahlen hervorgeht. Jene Par-
teien und unter ihnen in erster Reihe das Centrum,
weil die Freiconservativen namentlich in der Eisen-
bahnfrage omelein mit der Regierung gehen, können
sonach nur dann eine ernsthafte Einwirkung auf die
Kirchen- und Schulpolitik gewinnen, wenn die Regie-
rung auf ihre Hälfte zur Durchföhrung der Aufgabe,
welche si offenbar als die dringlichste erachtet, der
Verstaatlichung der Bahnen, angewiesen ist. Je
stärker die liberale Opposition gegen diese Pläne
wird, um so mehr wächst die Gefahr; sie schwindet
vollständig, wenn die conservativen Parteien mit den
entschiedenen Anhängern der Bismarck'schen Wir-
thschafts- und Parteipolitik im national-liberalen
Lager die Mehrheit erhalten.“ Unseres Erachtens
kann man über die Regierung kein härteres Urtheil
fällen, als es in dem Vorstehenden enthalten ist;
denn das offizielle Organ der freiconservativen
Partei geht von der Anschauung aus, daß die Regie-
rung, um den Ankauf einiger Eisenbahnen für den
Staat durchzuführen, selbst der Preisgebung der
höchsten und heiligsten Interessen der Nation nicht
zurückschrecken würde. Und das freiconservative
Organ findet Dies allem Anscheine nach ganz in der
Ordnung!“

Die offizielle Presse ist dem Fall'schen Briefe
gegenüber noch immer rathlos. Da man zur
Stunde bei einer Herabsetzung der Person des
verdienten Staatsmannes den Kürzeren zu ziehen
scheutet, so legt man sich ans Drohen, indem
man dabei den Liberalen ein „Quos ego!“ zuruft.
Das plumpe Mandat wird natürlich wenig ver-
fangen; und auch wir, um die lomische Seite der-
artiger Kampfmittel hervorzuheben, geben wir die
betreffende offizielle Note hier wieder:
„Man hatte erwartet, daß die Provinzial-
Correspondenz in eine Erörterung des Fall's-
chen Briefes eingehen würde. Es ist Dies nicht ge-
schien, vermuthlich, weil derselbe keinen sachlichen
Inhalt bietet, an welchen die Erörterung anknüpfen
konnte. Er bemerkt sich vielmehr in vagen In-
sinnationen von Möglichkeiten, deren Beschreibung
auf das Gebiet der Persönlichkeiten führen würde.
Dieser der bekannten Offenheit des Ministers nicht
entsprechende Ton des Briefes läßt jedenfalls an
der Annahme Raum, daß derselbe von Anfang an